

Naziläden dicht machen! Gemeinsam gegen staatliche Repression!



Aufruf zum Prozessbesuch

Am 17. Dezember 2010 soll vor dem Saarbrücker Amtsgericht mehreren Antifaschisten der Prozess gemacht werden. Vorgeworfen wird ihnen Landfriedensbruch. Sie sollen in der Nacht des 13. Januar 2008 an einem Angriff auf den Naziladen „First Class Streetwear“ im saarländischen Neunkirchen beteiligt gewesen sein, in dessen Verlauf die Schaufenster des Ladens zu Bruch gingen und die Fassade besprüht wurde.

Die Eröffnung des Naziladens

Im Jahr 2007 wurde der Naziladen „First Class Streetwear“ in der Neunkircher Innenstadt eröffnet. Neben dem



Fronttransparent der Demo gegen den Naziladen am 24.11.07

Verkauf einschlägiger Kleidermarken, die „von Nazis“ produziert werden, wie beispielsweise Thor-Steinar, CDs mit Rechtsrock und Fahnen mit Landser-Motiv entwickelte sich der Laden schnell auch zum Treff- und Koordinationspunkt der neonazistischen Szene im Saarland. Damit einher ging eine spürbare Steigerung von Angriffen auf nicht-rechte Jugendliche in Neunkirchen. So wurde das Jugendzentrum in der Karl-Schneider-Straße mehrmals von Nazis angegriffen.

Besitzer des Ladens ist Thorsten Staudacher. Er ist dem Nazi-Hooligan Umfeld des 1. FC Kaiserslautern, speziell dem rechten Hooligantrupp „First Class Limburgerhof“ zuzurechnen. Auch auf einschlägigen Veranstaltungen der saarländischen Nazi-Szene ist er anzutreffen. So war er beispielsweise Teilnehmer am „politischen Aschermittwoch“ der NPD-Saar im Februar 2009 in Saarbrücken-Schafbrücke.

Widerstand

Seit Eröffnung des Ladens zog dieser den Protest verschiedener Personen und Gruppierungen auf sich. Den Neonazis wurde mit einer politischen Kampagne begegnet. Flugblätter wurden verteilt, Infostände durchgeführt und demonstriert. Auch militanter antifaschistischer Widerstand formierte sich und machte den Nazis eindringlich die Nachteile des „Standorts Neunkirchen“ klar. Staudachers PKW wurde beschädigt, sein Laden mit Farbe besprüht und dessen Scheiben mehrfach eingeworfen. Die Summe aller Aktionen führte dazu, dass er Mitte 2008 den Laden in der Neunkircher City entnervt aufgab und sich ins beschauliche Bexbach flüchtete um dort sein Geschäft wieder zu eröffnen.

Staatliche Repression

Während sich die Verantwortlichen der Stadt Neunkirchen anfangs nicht der Problematik eines Naziladens in der Stadt bewusst werden wollten, interessierte sich die Polizei immer mehr für die Aktivitäten der Antifaschist_innen im Raum Neunkirchen und das dortige alternative Jugendzentrum. Als es dann in der Nacht des 13. Januar zu einem erneuten Angriff auf den Naziladen kam, begann das wohl aufwändigste und umfangreichste Ermittlungsverfahren gegen Antifaschist_innen im Saarland seit mehr als 10 Jahren.

Im Juni 2008 wurden 3 Personen unsanft von der Polizei geweckt, ihre Wohnungen durchsucht und die Verdächtigen ohne Anwalt auf das Revier gezerrt.

Aus den Durchsuchungsbeschlüssen ging hervor, dass nicht nur wegen den „üblichen“ Vorwürfen wie „Landfriedensbruch“ und „Sachbeschädigung“ gegen die Beschuldigten ermittelt wurde, sondern auch wegen einer „Brandstiftung in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung“.

Wie sich herausstellte wurde in der Nacht des 13. Januar ein Mann schwer verletzt, als das Dixieklo, in welchem er die Nacht verbringen wollte, in Flammen aufging. Dem Brandopfer mussten in Folge beide Beine und mehrere Finger amputiert werden.

Die Polizei konstruierte einen Zusammenhang zwischen dem Angriff auf den Naziladen und dem fatalen Brand in der Dixie-Toilette.

Ein Beschuldigter wurde auf dem Revier massiv mit Hilfe von Bildern des verletzten Brandopfers unter Druck gesetzt zu einem Zeitpunkt, als bei Polizei und Staatsanwaltschaft schon längst intern klar war, dass kein erkennbarer Zusammenhang zwischen den beiden Vorfällen besteht bzw. es nicht einmal Indizien für einen Brandanschlag gab.



Aufgrund zahlreicher verschiedener Aktionen zog sich der Naziladen aus der Neunkircher Innenstadt zurück.

Die Polizei benutzte den Brand also als Vorwand, um sich unter dem Vorwurf der „Brandstiftung in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung“ Ermittlungsmethoden genehmigen zu lassen, die eine zerstörte Fensterscheibe alleine nie hätte möglich machen können. Versuchte Rasterfahndung, Telefonüberwachung, Rufnummernübertragung, Abfrage privater Videokameraaufzeichnungen, der Einsatz sogenannter „senekundiger“ Beamter, das Einholen von Schriftproben, DNA- und Sachverständigengutachten, sowie Hausdurchsuchungen sind nur ein paar Stichworte um die umfangreichen Ermittlungen der Staatschutzabteilung des saarländischen Landeskriminalamtes zu beschreiben.

Aufgrund der offensichtlichen Unhaltbarkeit dieses Tatvorwurfs ist in der mittlerweile vorliegenden Anklageschrift auch nichts mehr von der „Brandstiftung in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung“ zu finden. Dem Brandopfer gilt an dieser Stelle unser Mitgefühl.

Folgerichtig ist Antifaschismus kriminell – und extrem notwendig!

Wir möchten nun aber angesichts der staatlichen Repression nicht herumjammern. Da wir, wie viele andere autonome Antifaschist_innen, die staatlich vorgegebenen Regeln nicht immer einzuhalten bereit sind, sondern abwägen inwiefern gezielte Grenzüberschreitungen notwendig sind um auf neonazistische Formierung aufmerksam zu machen bzw. gegen diese gezielt zu intervenieren, sind wir mit denen solidarisch, die aufgrund ihres Engagements gegen Ideologien der Ungleichheit wie Rassismus, Antisemitismus, völkischem Nationalismus und autoritäre Hierarchie- und Ordnungsvorstellungen oder auch aus bloßer staatlicher Willkür ins Visier der Repressionsorgane geraten. Zudem verorten wir solche Vorstellungen nicht am gesellschaftlichen Rand, wie es zum Beispiel der Begriff des „Rechtsextremismus“ nahe legt. *„Dort, wo Ungleichheitsideologien zum Randphänomen erklärt werden und damit deren Verbindung zur bundesrepublikanischen Normalität geleugnet wird, gibt es aber auch keinen Platz für eine notwendige und berechtigte linke Gesellschaftskritik z.B. an weit verbreitetem Alltagsrassismus, heterosexistischer Familienpolitik, sozialer Ungleichheit und einer behindertenfeindlichen Leistungsgesellschaft. Damit dient die Rede von Extremismen staatlichen Ordnungsorganen und PolitikerInnen auch als Handlungsgrundlage, wenn es darum geht, politische Aktivitäten von all jenen zu delegitimieren, die zentrale Elemente der Naziideologie ablehnen, sei es das Leitbild einer ethnisch homogenen Gemeinschaft oder der Ruf nach dem autoritären Staat.“* (1)



Über 300 Menschen demonstrierten am 24.11.07 in Neunkirchen gegen den Naziladen.

First Class Streetwear heute

Der Laden existiert noch immer in der Bexbacher Rathausstraße. Mittlerweile wurde der Betrieb um einen Internetversand erweitert und durch Staudacher der neonazistische „Street-Fight-Versand“ übernommen. Im Sortiment finden sich T-Shirts mit Aufschriften wie „Nazi-Hool“ oder „Rache für 45“ mit stilisiertem SS-Totenkopf und Tonträger von eindeutigen Nazikapellen (z.B.: „Hauptkampflinie“, „Fahmentreue“, „Frontalkraft“ usw.). Neben dem Verkauf solcher CDs übernimmt Staudacher mittlerweile auch deren Produktion und versucht dadurch den Nachwuchs in Sachen Nazimusik zu fördern. So wirbt er auf seiner Homepage: „Wir sind immer auf der Suche nach neuen Bands für Cd Produktionen.“ (Rechtschreibung im Original)

Der Widerstand gegen die Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda muss weitergehen. Bexbach darf nicht weiter ruhiges Hinterland bleiben.

**Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe!
Gemeinsam gegen staatliche Repression!**

Naziläden dicht machen!

Wir rufen dazu auf am Morgen des 17. Dezember 2010 um 8.30 Uhr zahlreich zum Amtsgericht in Saarbrücken zu kommen und die Angeklagten durch unsere Anwesenheit im Gerichtssaal zu unterstützen.

Bitte informiert Euch regelmäßig auf unserer Homepage über die genaue Uhrzeit oder kurzfristige Änderungen.

Antifa Saar / Projekt AK im November 2010

Kontakt: Antifa Saar / Projekt AK
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
www.antifa-saar.org



¹ Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (INEX): Gemeinsam gegen jeden Extremismusbegriff? Nicht mit uns! Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinn. Leipzig 2010